

Die Menschenrechtslage in Tibet - Jahresbericht 2001 - Resumé (gekürzt)

Übersetzung von Adelheid Dönges, Mitglied der Tibet Initiative Deutschland

Die Ereignisse des 11. September 2001 hatten einen Paradig-mawandel in der internationalen Sorge um die Menschenrechte zur Folge. Manche Staaten nutzten die Angriffe vom 11. September aus, um interne Repressionen zu rechtfertigen. China ist ein Paradebeispiel hierfür.

Der tibetische Verein für Menschenrechte und Demokratie TCHRD (Tibetan Centre for Human Rights and Democracy) ist besorgt darüber, dass China sich diese globale Krise zunutze machte, um noch härter gegen diejenigen vorzugehen, die von der Regierung als "Separatisten" abgestempelt werden. Dabei unterscheidet Peking nicht zwischen "Terrorismus" und "Separatismus".

Dies wurde am 27. Oktober 2001 beim Nationalen Volkskongress Chinas, deutlich, wo der Vorschlag gebilligt wurde, dass China sich dem internationalen Kampf gegen "Terrorismus, Separatismus und Fanatismus" anschließe. Li Peng, Präsident des Nationalen Volkskongresses: "Die Entscheidung, dass China sich der globalen Kampagne anschließt, ist angesichts der separatistischen Aktivitäten in China klug, und sie wird hilfreich sein, gegen den im Land von inneren und äußeren Feinden geschaffenen Terror hart vorzugehen".

Chinas weitverbreitete Verstöße gegen die Menschenrechte waren ein Kernpunkt der internationalen Opposition gegen seine Bewerbung um die Olympiade und seine Aufnahme in die WTO dieses Jahr.

Das am 8. November 2001 vom Informationsbüro des chinesischen Staatsrates herausgegebene Weißbuch "Tibets Marsch in Richtung Modernisierung" soll dem Zweck dienen, Chinas Image aufzubessern. Indem China hierin die gängigen Normen bürgerlicher und politischer Rechte als "westliche Vorstellungen" abtut, beruft es sich weiterhin auf kulturellen Relativismus,

um seine Verstöße gegen die Menschenrechte zu rechtfertigen. In seiner Festrede zum Empfang des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 2001 betonte der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan, dass in diesem neuen Jahrhundert, "... die Souveränität von Staaten nicht länger als ein Schutzschild für grobe Menschenrechtsverletzungen herangezogen werden darf." Er rief die Welt auf, sie möge zu ihrem Entschluss stehen, gegen Ungerechtigkeit und Menschenrechtsverletzungen zu kämpfen.

UN Menschenrechtskommissarin Mary Robinson betonte, dass das von der Durban Konferenz verabschiedete Antidiskriminierungsprogramm ein "integraler Bestandteil aller Bemühungen zum Schutz vor jeglicher Aushöhlung des Menschenrechtsstandards, die sich als unbeabsichtigte Folge aus Maßnahmen zur Terrorbekämpfung ergeben könnte", sein müsse. Ihre von Sorge getragenen Worte werfen ein schlechtes Licht auf totalitäre Regimes und deren neuartige Interpretationen von "Terrorismus".

Der vorliegende Report, der - ergänzt von Sekundärquellen - hauptsächlich auf Gesprächen mit vor kurzem aus Tibet eingetroffenen Flüchtlingen basiert, liefert klare Beweise, dass China im Jahr 2001 die Menschenrechte der Tibeter mit seinen politischen Strategien systematisch verletzte. Außerdem liefern offizielle chinesische Quellen gelegentlich Informationen, die Einblicke in das wahre Ausmaß der auf dem tibetischen Hochland fortdauernden Menschenrechtsverletzungen liefern.

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Tibetische Frauen haben praktisch keine Möglichkeit, ihr Grundrecht auf die freie Bestimmung ihrer Zukunft auszuüben. Durch die Ge-

burtenkontrollpolitik wird den Frauen in Tibet ihr Recht auf Fortpflanzung beschnitten. Schwere Strafen werden für Nichteinhaltung der Fortpflanzungsregeln verhängt.

Kinder sind am anfälligsten für Missbrauch und Ausbeutung. Unzählige Kinder haben in Tibet keinen Zugang zu einer Grundbildung und ausreichender Gesundheitsfürsorge. Dies erklärt, warum fast die Hälfte der Asylsuchenden aus Tibet in diesem Jahr Kinder unter 18 waren.

Das Recht auf Lebensunterhalt

Viele Neuankommlinge aus Tibet berichteten, dass besonders Tibetern auf dem Lande ihr Recht auf Lebensunterhalt verweigert wird. Nomaden werden von den hohen Abgaben und der Parzellierung und Einzäunung der Weidegründe in die Enge getrieben. Tibeter in den Städten sind von gravierender Diskriminierung und einem Mangel an Erwerbs- und Geschäftsmöglichkeiten betroffen. Eine der größten Bedrohungen für die traditionellen tibetischen Methoden der Existenzbestreitung bildet die fortschreitende Umweltzerstörung. Verursacht wurde sie durch Chinas intensive Ausbeutung der Ressourcen.

China rühmt sich, Tibet wirtschaftlich anzukurbeln. Politik und Infrastruktur verfolgen jedoch den



Milarepa, Tibets bekannter Guru und Sänger der 100.000 Lieder, ist daran zu erkennen, dass er die Hand ans rechte Ohr hält um die Sphärenmusik zu hören.

Zweck, die chinesische Kontrolle über die Region zu festigen und chinesischen Zuwanderern - zum Schaden der tibetischen Bevölkerung - Nutzen zu bringen. Tibeter werden an keinem Bereich der Entwicklung ihres Landes ernsthaft beteiligt. Die chinesische Regierung verfolgt eine Politik des Bevölkerungstransfers mit dem Ziel, die Tibeter in ihrem eigenen Land an den Rand zu drängen. Der Zustrom chinesischer Neusiedler verstärkt noch den Rassismus und die Diskriminierung von Tibetern. Dazu gehört auch die weit reichende Parteilichkeit bei der Zuteilung von Arbeitsplätzen, unter Begünstigung derjenigen, die fließend Chinesisch sprechen, sowie die Vorzugsbehandlung chinesischer Einwanderer.

Das Recht auf Bildung

Tibetische Kinder werden beim Zugang zur Schulbildung, beim Lehrplan und im täglichen Unterrichtsgeschehen diskriminiert.

China verkündet, es habe ungeheure Summen in den Bildungssektor investiert, doch in Tibet zeigen diese wenig Wirkung. In vielen ländlichen Gebieten gibt es entweder



Die **Ratna-Dakini** gilt als die Begleiterin von Ratnasambhava, des Buddhas des Süden. Mit der rechten Hand bedroht sie einen Dämonen, um ich zu bannen.. In der Linken hält die Dakini eine Vase mit Perlen.

gar keine Schulen, oder die existierenden stehen nur denjenigen Schülern offen, die das Schulgeld aufbringen können. Etwa 85 % der tibetischen Eltern wohnen auf dem Land und ihr Einkommen reicht nicht aus, um ihren Kindern den Luxus des Besuchs von Schulen zu ermöglichen, die zudem oft in beträchtlicher Entfernung liegen. Darüber hinaus sind tibetische Eltern sehr besorgt wegen der unverhohlenen und fortschreitenden Sinisierung der Lehrpläne. Die Unterrichtssprache Chinesisch bringt selbst für jene tibetischen Kinder, welche sich den Schulbesuch leisten können, einen weiteren bildungsmäßigen Nachteil.

Das Recht auf Gesundheitsfürsorge

Angesichts der gravierenden Unterernährung und des fast epidemischen Auftretens von Tuberkulose ist das Wohlergehen der tibetischen Bevölkerung ernstlich bedroht. In den meisten entlegenen Gegenden, wo die Mehrheit der tibetischen Bevölkerung wohnt, gibt es praktisch keine richtigen Einrichtungen zur medizinischen Betreuung. Und dort wo es sie gibt, sind die Kosten für Tibeter unerschwinglich hoch.

Das Fehlen von Möglichkeiten zum Aids-Test, zur Behandlung und Betreuung von Aids-Erkrankten, sowie der Mangel an Aufklärungskampagnen, entlarven, dass China sich weigert, die Verantwortung zu übernehmen, um Schritte zur Eindämmung der Epidemie einzuleiten.

Das Recht auf Wohnung

Flüchtlinge berichten, dass Tibeter bei der Wohnungsvergabe unter Diskriminierung zu leiden haben, dass es aber auch in ländlichen Gegenden entschieden an Infrastruktur und verfügbaren Baustoffen fehlt. Die krasssten Verletzungen des Rechts auf Wohnraum im Jahr 2001 bilden jedoch die Zwangsausweisungen von Mönchen und Nonnen, in erster Linie aufgrund der von der Regierung festgesetzten Obergrenze für die Zahl der in religiösen Institutionen geduldeten Praktizierenden.

Bürgerliche und politische Rechte

Besonders schlimm ist das Fehlen des Rechtes freier Meinungsäußerung, was willkürliche Festnahmen und Folterungen nach sich zieht, und die fehlende Glaubensfreiheit, weshalb es zur Verhängung von Restriktionen und in einigen Fällen sogar zur Zerstörung religiöser Institutionen kommt. Das Freedom House, ein Institut zur Überwachung von Freiheit und Demokratie mit Sitz in New York, gab am 18. Dezember 2001 seine jährliche Studie über die Freiheit in den verschiedenen Ländern der Erde heraus. Tibet wird darin als eines der übelsten Gebiete der Erde genannt, was die politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten betrifft.

Politische Freiheiten

Langzeitige Haft ohne Gerichtsprozess und unzulängliche Prozessverfahren waren für das ganze Jahr kennzeichnend, ebenso wie rechtliche Schutzmaßnahmen fehlten, um einen fairen und offenen Prozess zu garantieren. Berichte über Folter und Misshandlung von Gewissensgefangenen und die Haftbedingungen sind beklagenswert. Zehn Tibeter starben unmittelbar infolge von Folter und Misshandlung.

Eine einschneidende politische Maßnahme mit konkreten Auswirkungen für Tibet war im April 2001 die Wiederaufnahme der Peking-Kampagne "Hartes Durchgreifen", die erstmals 1996 gestartet wurde. Diese den politischen Aktivismus bekämpfende Kampagne bezweckt, "das letztendliche Ziel der Stabilisierung von Chinas öffentlicher Sicherheitslage" zu erreichen. Die Kampagne legalisiert hartes Vorgehen gegen Drogenhandel, Schmuggel, Mafia-Verbrechen, Finanzbetrug und das Schleusen von Asylsuchenden über die Grenzen ins Ausland. Unter ihrem Vorzeichen gehen die örtlichen Parteikomitees erbarmungslos gegen alle Aktivitäten vor, die lokalen Nationalismus verfechten.

In Tibet richtete sich die Kampagne hauptsächlich gegen friedliche Protestdemonstrationen und/oder den Besitz "illegaler" Gegenstände. Dazu zählen die tibetische Flagge, Bilder des Dalai Lama und jedes als "politisch" erachtete Material. Darüber hinaus erklärte der Oberste Volksgerichtshof am 27. Juni 2001, dass "die Hartdurchgreif-Kampagne gegen diejenigen vorgehen wird, welche die nationale Sicherheit gefährden, sowie gegen diejenigen, welche anderen Personen beim illegalen Überschreiten der Landesgrenze helfen".

Zur gleichen Zeit, da den Tibetern Redefreiheit und freie Meinungsäußerung vorenthalten wird, setzt China in einer massiven Bemühung zur Aufbesserung seines eigenen Image in der Welt die volle Kraft seiner Propagandamaschinerie ein, auch, um ein Bild von dem "allgemeinen Wohlergehen und Glück" der Tibeter unter chinesischer Herrschaft zu vermitteln.

Freiheit der religiösen Überzeugung und Ausübung

Ständige Besuche der "Arbeitsteams" der KP in den Klöstern, um Loyalität zu Peking und zur marxistischen Ideologie zu propagieren, die zur Ausweisung vieler Mönche und Nonnen aus ihren jeweiligen Institutionen führten, stehen exemplarisch für die Unterdrückung der religiösen Freiheit im Jahr 2001. Eine Verunglimpfungskampagne gegen den Dalai Lama und eine strengere Kontrolle der öffentlichen Ausdrucksformen religiöser Überzeugung und Praktiken stellen weitere weitverbreitete Verletzungen der Religionsfreiheit dar. Im Laufe des Jahres wurden 9.408 Praktizierende aus ihren jeweiligen religiösen Institutionen vertrieben, außerdem wurde von der Schließung zweier großer Einrichtungen berichtet.

Die laufende Kampagne zur "patriotischen Erziehung", verfolgt den Zweck, die religiösen Gefühle der Tibeter und insbesondere der Mönche zu unterdrücken. In ihrem Gefolge wurden Obergrenzen für die Anzahl von Mönchen/Nonnen einge-

führt, was zu zahlreichen Festnahmen und Ausweisungen führte. Fast allen religiösen Institutionen wurde inzwischen ein sog. "Demokratischer Verwaltungsrat" aus Parteikadern aufgezwungen. Dieser bestimmt den Tagesablauf in der Einrichtung und überwacht alle Aktivitäten. Klöster werden staatlicherseits zunehmend als Werkzeuge der "Dalai Clique" wahrgenommen.

Das Spiel mit der Reinkarnationspolitik, das Peking derzeit treibt, ist ein weiterer offizieller Eingriff zur Beherrschung der tibetischen Kultur. Ein solcher Schritt war nicht nur Pekings Einmischung in die Bestimmung der Reinkarnation des Panchen Lama, sondern in diesem Jahr auch in diejenige des Reting Rinpoche. China betonte im Jahr 2001 die Schlüsselrolle, die es bei der Auswahl eines zukünftigen Dalai Lama zu spielen beabsichtige.

Parteisekretär Guo Jinglong machte dieses Jahr in einem Interview mit der New York Times die aufschlussreiche Bemerkung, "der Glaube der tibetischen Schule des Buddhismus sei von den Einwohnern dieser Region selbst gewählt worden, und sie würden, wenn erst einmal die Wirtschaft in der Region gut entwickelt ist, eine bessere Alternative hinsichtlich des religiösen Glaubens wählen". Diese Aussage enthüllt die Absicht Pekings hinter seiner gegenwärtigen Forcierung der Wirtschaftsentwicklung. Sie illustriert auch Pekings Meinung über die Tibeter als eine "primitive, rückständige und unwissende Rasse".

Der Status der neuen tibetischen Flüchtlinge

Furcht vor Verfolgung und die Verweigerung grundlegender Menschenrechte, die sich in der Unterdrückung ihrer Religion, Kultur und Identität und der jeden Aspekt ihres Lebens beherrschenden Diskriminierung äußert, zwingt Tausende von Tibetern zur Flucht ins Exil.

Die chinesischen Grenzschutzeinheiten nahmen innerhalb von 6 Monaten in 2001 2.500 Tibeter fest, welche die Grenze überqueren wollten. Unlängst eingetroffene

Flüchtlinge bezeugen, dass viele dieser Menschen daraufhin Schläge, Verhaftung, Folter und Inhaftierung erlitten, was in einigen Fällen zum Tode führte. Die derzeitige politische Instabilität in Nepal - dem Land, welches die Leute bei ihrer Flucht aus dem besetzten Tibet durchqueren müssen - und die vor kurzem erfolgte Verhängung des Ausnahmezustandes wirken sich als eine weitere Gefahr für die Asylsuchenden aus.

Wenn das TCHRD auch der nepalesischen Regierung für ihre langjährige Großzügigkeit den tibetischen Asylsuchenden gegenüber dankbar ist, ist es gegenwärtig tief besorgt über die plötzliche Zwangsdeportierung von tibetischen Flüchtlingen und die düstere Aussicht, dass es nun immer häufiger zu solchen Fällen entlang der Grenze kommen könnte. Derartige Zwangsdeportationen zeigen, dass den nepalesischen Grenzpolizisten das Verständnis für die Menschenrechte der Asylsuchenden fehlt.

Über ein halbes Jahrhundert werden die Grundmensenrechte der Tibeter nun schon systematisch von der kommunistischen Führung in Peking verletzt. Und im Jahr 2001 mussten wir noch erleben, wie diese Repression sowohl von dem Internationalen Olympischen Komitee wie auch von der Welthandelsorganisation belohnt wurde.



Marpa, der Lehrer Milarepas, mit Schädelschale, dem Zeichen tantrischer Meister, und Buch, Ausdruck des Gelehrten